

Reichstag über die Verstaatlichung der Montanindustrie ein-gebracht: „Die im Privatbesitz befindlichen Betriebe des Bergbaus und mit dem Bergbau verbundenen Betriebe der Groß-eisenindustrie sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.“ Ein besseres Geschäft könnten sich lediglich Böglar und Thyssen kaum denken.

Lenin hat schon vor vielen Jahren den Charakter der Staats-monopole in der kapitalistischen Gesellschaft ausschärfend ge-schildert. Bei der Behandlung der Beziehungen zwischen den Sparkassen und Privatbanken erwähnt Lenin die Forderung ver-schiedener Handelskammern, daß den Sparkassen „reine“ Bank-operationen verboten werden, und schreibt dazu:

„Es ist, als ob die Bankmagnaten Angst hätten, das Staats-monopol könnte sich ganz unerwartet einschieleben. Aber diese Angst geht natürlich nicht über den Rahmen einer Kon-furrenz zwischen zwei Abteilungskreis in ein und der selben Kanzlei hinaus. Denn einerseits verfügen über die Milliardeneinlagen der Sparkassen legitimes Ende die-selben Magnaten des Bankkapitals; und andererseits be-deutet ein Staatsmonopol in der kapitalisti-schen Gesellschaft lediglich ein Mittel zur Er-höhung und Sicherung der Einnahmen für Mil-lionäre aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem Bankrott nahe sind.“ (Lenin: „Der Imp-perialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, S. 44.)

Als hätte Lenin diese Zeilen direkt für das Deutschland der letzten Notverordnungsjahre geschrieben. Etwa 1 Milliarde Mark Staatsgelder sind den bankrotten Banken zugekommen und die Reformisten stellen es als „sozialistische Maßnahmen“ hin.

Der Krisenkongress soll sich den „Arbeitsbeschaf-fungsplan“ des Bundesausschusses des ADGB zu eigen machen. Die „Rote Fahne“ hat diesen Plan sehr ausführlich dehndelt und überzeugend bewiesen, daß dieser Plan nichts ist als ein Täuschungsmanöver. Dem Frankfurter ADGB-Kongress folgten die Notverordnungen Nr. 3 und 4. Dem „Krisenkongress“ sollen die Notverordnungen Nr. 5 und 6 folgen. Die Streikbruch-organisatoren in den Gewerkschaftsbüros wollen mit dem Kongress mit radikalen Redensarten und Entschließungen, den neu geplanten Lohns und Unterstützungsabkommen bemühteln.

Ist ein Krisenkongress jetzt notwendig? Unbedingt! Aber ein Kongress, der die Meinung der Mitgliedermassen wider-spiegelt, der Kampfmaßnahmen beschließt und organisiert. Der Krisenkongress in Berlin soll nur eine Wiederholung des Frank-furter Kongresses sein. Ein Kongress der Bürokraten, die keinen Weg aus der Krise für die deutschen Arbeiter suchen. Ein Kongress, der den deutschen Kapitalismus helfen will und in den Köpfen der Mitglieder neue betrügerische Illusionen zu wecken versucht.

Der Kongress hat nicht die Aufgabe, den deutschen Arbeitern den Weg aus der Krise zu zeigen. Er hat eine ganz andere Aufgabe, er soll die Krise in den Gewerkschaften aufhalten. Nach ihren eigenen Angaben haben die Gewerkschaften etwa ein Millionen Mitglieder verloren. Der Kongress soll die Ent-wicklung zur Katastrophe aufhalten.

Warum hat diese Million organisierter Arbeiter ihre Gewerkschaften verlassen? Nach glaubhaften Angaben waren das keineswegs Erwerbslose, die Beschäftigten verloren in der Hauptsache die Gewerkschaften. Warum? Warum bricht es in den Gewerkschaften, wenn die Banken krachen? Weil die Gewerkschaften immer mehr zu Bestandteilen der kapitalisti-schen Wirtschaft und des Staates werden. Gewerkschaften, die für die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder kämpfen, verlieren auch in der Krise keine Mitglieder.

Der Krisenkongress der Hindenburg-Socialisten will angeblich einen Weg zur Arbeitsbeschaffung, wenn auch nur für einige Hunderttausende Erwerbslose, finden. Ja, Arbeit könnte für Hunderttausende geschaffen werden. Aber wie? Doch nur durch den geschlossenen proletarischen Kampf. Man kann nicht die Notverordnungsdiktatur unterstehen und zugleich für Arbeit und Brot kämpfen.

Die KPD und RGO haben Arbeitsbeschaffungsforderungen aufgestellt und eindeutig der deutschen Arbeiterschaft gelagt: Arbeit für alle gibt es nur in einem Sowjetdeutschland. Arbeit für einige hunderttausende Erwerbslose kann man auch sofort er-zwingen, man muß nur den Reichen einen Teil ihrer Bezüge nehmen. Das kann man aber nicht ohne Kampf, ohne den geschlossenen proletarischen Kampf, erreichen.

Die Bankmagnaten haben eine Milliarde Staatsgelder be-kommen, weil das ihr Staat ist. Die „Grüne Front“ erhält viele hunderte Millionen Mark Subventionen von der Brünning-Schleicher-Regierung, weil das ihr Regierung ist. Ist etwa, Gewerkschafts-freunde, diese Regierung unsere Regierung?

Nichts, deutsche Arbeiter, könnt ihr in diesem Staat ohne Kampf erreichen. Wer nicht gegen den kapitalistischen Staat kämpfen will, der ist nicht imstande, auch die Kämpfe der Arbeiterklasse um Brot und Arbeit zu führen. Friedrich Engels schrieb vor 41 Jahren, am 18. März 1881, in der Er-schließung zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ über den kapitalistischen Staat:

„In Wirklichkeit ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere und zwar in der demokratischen Republik nicht minder, als in der Monarchie.“

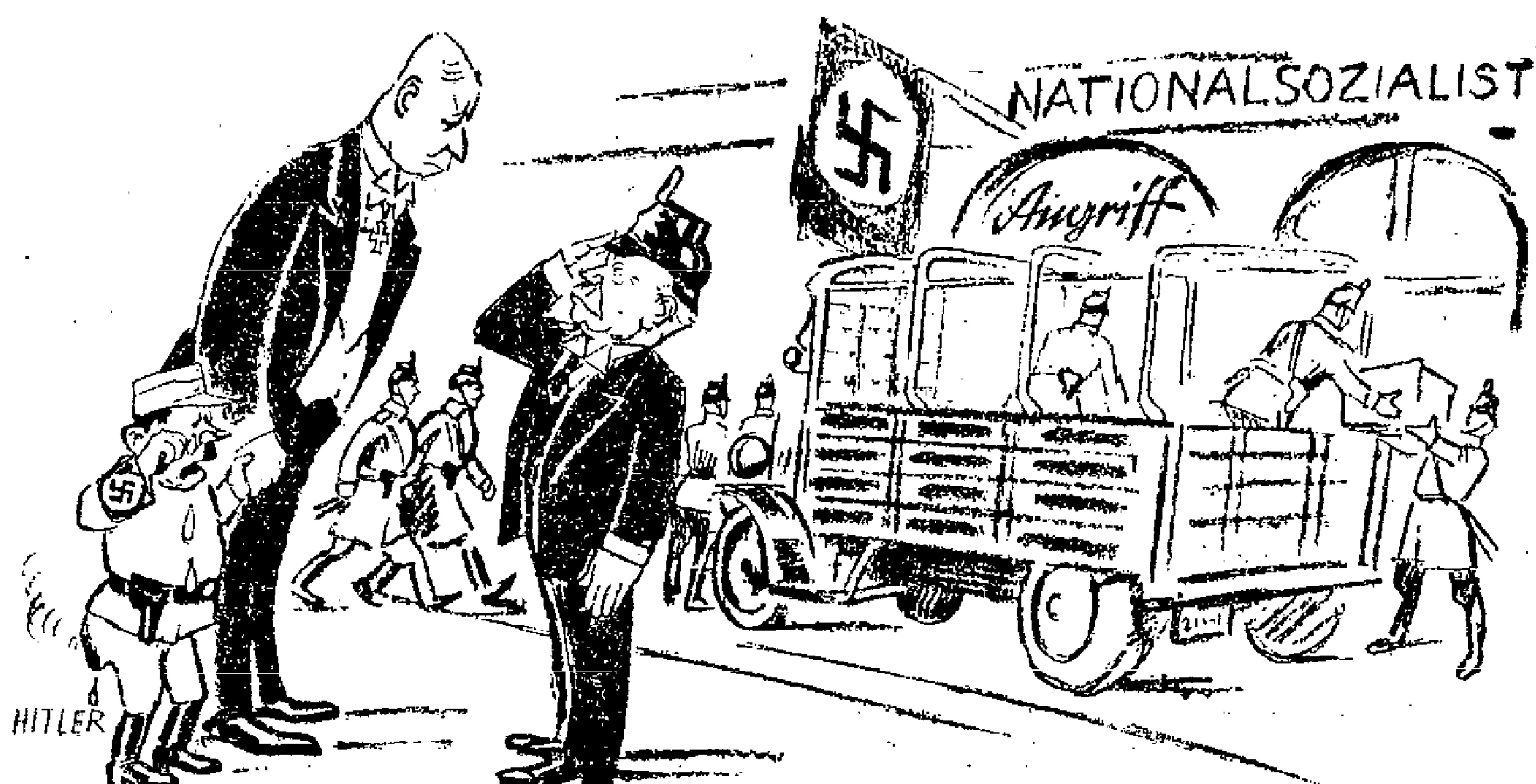
Trotski, der Kronzeuge der Hindenburgfront

Das halbmäßige Wollfische Telegraphenbüro verbreitet gestern einen längeren Bericht über den Artikel der „Pravda“ zum Ausgang der Präsidentschaftswahl. Nach einer Darstellung des Inhalts des „Pravda“-Artikels heißt es: „Es soll also an der bisherigen Linie nichts geändert werden, die bekanntlich von der kommunistischen Linienposition, die ihren russischen Exponenten in dem verdammten Trotski hat, schärfstens bestimmt wird. Trotski tritt... energisch dafür ein, daß die Kommunistische Partei in der Erkenntnis, daß der Nationalsozialismus der gefährlichste Gegner sei, sich mit allen anderen antinational-sozialistischen Faktoren vereinigen sollte.“

Trotski, der Kronzeuge der „elternen“ Hindenburgfront. Und dieser treulige Agent der Konterrevolution wird von den Seydelwitz-Leuten als „Revolutionär“ gepreist. Die Beschwörung des Pressebüros der Brünning-Regierung zeigt aber wohl jedem denkenden Arbeiter klar, daß der Konterrevolutionär Trotski nur im Interesse der bankrotten kapitalistischen Gesellschaft arbeitet.

Am 10. April wird der kommunistische Volksent-scheid auf Auflösung des Hindenburg'schen Landtages durchgeführt werden. Der Erfolg ist so gut wie sicher.

Severings Nazi-„Aktion“



Groener: „Aber was machen Sie denn da, Herr Severing?“

Severing: „Nur Spaß, Herr Groener! Wir machen das, damit die SPD-Arbeiter an unseren Kampf gegen den Faschismus glauben.“

Belagerungszustand gegen Reichsjugendtag

Jungarbeiter, kämpft mit dem kommunistischen Jugendverband gegen die Kriegskinder!

Die Bekündung des Belagerungszustandes vom 20. März bis 3. April durch die Hindenburg, Brünning und Severing richtet sich in erster Linie gegen den Reichsjugendtag der deutschen Arbeiterjugend zu Ostern. Dem Kommunistischen Jugendverband soll die Möglichkeit der legalen Mobilisierung der arbeitenden Jugend zu ihrem traditionellen Kampftag gegen den imperialistischen Krieg genommen werden.

Das ist die erste Dummung, die Severing und Brünning den sozialdemokratischen Arbeitern, die noch etwam für den „Kampf“ gegen den Faschismus, Hindenburg, Brünning, ihre Stimme abgeben, ausspielen. Die Wahl Hindenburgs, so erklärte noch vor wenigen Tagen der „klare“ Sozialdemokrat Gräf vor den Berliner SPD-Funktionären, ist für uns ein „klarer Weg zum Sozialismus.“

Beleidigung des Massenanschlages der Arbeiterjugend zur Verteidigung der Sowjetunion, Verbot aller Versammlungen und Demonstrationen, ja selbst des Zeitungs- und Flugblattvertriebes gegen die imperialistischen Kriegstreiber, gegen die eigenen Aus-

heiter, das ist Faschismus und nicht ein „Weg zum Sozialismus.“ Das gilt es gerade in diesen Tagen den sozialdemokra-tischen Jungarbeitern, den Jugendkollegen in den freien Gewerkschaften vor Augen zu führen.

Der Versuch der Sozialdemokratie, die Arbeiterjugend dafür zu gewinnen, daß sie jede Faschierungsmaßnahme als einen „Schritt zum Sozialismus“ begrüßt, wird an der gesteigerten Mobilisierungsarbeit der Jungkommunisten besonders unter den Sozialen der Jugend, die heute noch dem Einfluß der sozial-faschistischen Führer unterliegt, scheitern. Der Wille von Millionen deutschen Jungarbeitern zur Verteidigung der Sowjetunion kann und wird durch seine Notverordnung besiegigt.

Die Jungarbeiter der Betriebe, die Jungearbeiter, losen und die jungen Werkstattkinder werden sich durch nichts von der Auflösung ihrer Kollegen und Kameraden zum gemeinsamen Kampf gegen Lohnabbau und Unterdrückung, gegen Kriegsproduktion und Notverordnungsdiktatur abringen lassen.

Massenversammlungen der Roten Hilfe zum 18. März

Alle Versammlungen überfüllt — Massensturm für die Vollamnestie

In 15 Sälen von Berlin sprachen gestern abend die Repräsentanten der Roten Hilfe zu Tausenden von Arbeitern und Werk-tätigen. Alle Versammlungen waren überfüllt, ein Zeichen, daß die 7000 proletarischen politischen Gefangenen, für deren Hilfe am Tag der Pariser Kommune die Versammlungen abgehalten wurden, fest mit dem gesamten Proletariat verbunden sind.

Im roten Wedding

Einige Arbeitersäle des Weddinger Blasorchesters ließen die überfüllte Kundgebung in den Pharusräumen ein. Dann spricht der Genosse Ernst Reinhardt: „Die Geschichte ist uns kein totes Buch, sie gibt den Lehrstoff, aus dem wir die Kraft für unsere Kämpfe entwickeln. Zum erstenmal in der Geschichte haben die Arbeiter von Paris in der Kommune ihre Form der Staatsmacht errichtet, Karl Marx bezeichnete die Kommune als den ruhmvollen Vorboten der kommenden sozialistischen Gesell-schaft.“

Genosse Reinhardt gibt weiter einen Abriß der Märkte der deutschen Arbeiter 1918/1920, zog die SPD als Schrift-macher des Faschismus und forderte zur neuen roten Offensive im zweiten Weltkrieg auf.“ Er ruft zum Schluß: „Am Vorabend eines Weltkrieges der Kapitalisten gegen die Sowjetunion steht eine Fünfmillionenarmee deutscher Kommunisten zur Verteidigung der Sowjetunion. Wir marschieren für die Weltkommune.“

Im überfüllten Svinemünder Gesellschaftshaus sprach Genosse Maslowksi zu den Arbeitern des Wedding.

Das amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl

Nachdem jetzt alle Ergebnisse des ersten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl eingegangen sind, werden amtlich folgende Zahlen mitgeteilt:

Thälmann . . .	4 982 939 Stimmen (18,2 %)
Hindenburg . . .	18 654 690 Stimmen (49,6 %)
Hitler	11 241 300 Stimmen (30,1 %)
Duesterberg . . .	2 558 939 Stimmen (8,8 %)

Für den Betriebswahl-Winter wurden 111 486 Stimmen abgegeben. Einige Stimmen ergaben Schmelting, Budendorf und andere Orte. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, ist ein zweiter Wahlgang notwendig.

Hamburger Arbeiter und Werktägige fordern Auflösung der Bürgerfront

Hamburg, 18. März. Der Beschluß der über 1000 Dele-gierten aus Betrieben, Stempelstellen und Wohnvierteln Ham-burgs auf dem roten Kampftag, die Auflösung der Bürgerfront vor SPD- und Nazis abzulehnen, ist bisher ständig von einer Einheitsfront vor SPD- und Nazis abgelehnt worden. Die Nazis stimmen gegen den Antrag, weil sie glaubten, durch Kuhhandel in den Senat kommen zu können. Unter dem Druck der Massen haben sich die Nazis jetzt entschlossen müssen, für die Auflösung der Bürgerfront einzutreten. Die entscheidende Sitzung hierüber findet am 23. März statt.

In Neumühle wurden mehrere Schläge und Steinwürfe auf die SA-Körner abgegeben, wodurch ein SA-Mann verletzt wurde.